

POLITISCHER KOMMENTAR DER IP SCHWEIZ

zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 18. Juni 2023

«Fortschritt besteht nicht in der Verbesserung dessen, was war, sondern in der Ausrichtung auf das, was sein wird.»

Khalil Gibran

1 – Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Was die Vorlage will: Änderung der Bundesverfassung: Art. 129a Besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen. Die Schweiz soll sich der globalen Mindeststeuer von 15 Prozent für internationale Konzerne (ab einem Umsatz von 750 Mio. Euro) anschliessen. Der Bundesrat will die neuen Regeln mit einer Ergänzungssteuer umsetzen. Dies bedarf einer Verfassungsänderung. Auf dieser Verfassungsbasis soll ab 2024 die OECD-Steuerreform in der Schweiz umgesetzt werden - zunächst befristet auf dem Verordnungsweg, später mit einem ordentlichen Gesetz.

Das integrale Zukunftsbild: Eine integrale Gesellschaft berücksichtigt das Wohl aller Beteiligten. Erarbeitete Werte werden bedürfnisorientiert verteilt, so dass Standortvorteile ausgeglichen und Vertrauen sowie Verbundenheit gestärkt werden. Dies findet seinen Ausdruck in der Freude zu teilen, zu tauschen, zu leihen, zu schenken und zu unterstützen.

Abstimmungsempfehlung: NEIN

Wir empfehlen das Nein, obwohl wir grundsätzlich dem Bestreben der OECD zustimmen. Dieses geht in Richtung unserer Vision, doch sie erscheint uns nicht ausreichend gerecht. Zudem schwächt die Umsetzung der Schweiz (diese Verfassungsänderung) dieses Bestreben zusätzlich ab.

Unsere Überlegungen dazu:

1. Die Vorlage abzulehnen bietet die Chance, ein gerechteres Gesetz mit mehr Klarheit und Transparenz für alle Beteiligten auszuarbeiten, insbesondere Unternehmen und Kantone.
2. Wir hoffen auf eine Regelung, welche alle Menschen und Unternehmen fair besteuert, gemäss ihrem Einkommen beziehungsweise Umsatz oder Gewinn.
3. Wir befürworten, dass die grossen Unternehmen mehr Steuern bezahlen als heute. Folgende Fragen beschäftigen uns: Weshalb soll das erst für Unternehmen mit einem Umsatz ab 750 Mio. gelten? Warum werden nationale Firmen von dieser Regelung ausgenommen? Weshalb werden kleine Unternehmen heute meist mit deutlich mehr als 15% auf den Gewinn besteuert?
4. Es erstaunt, dass es Gruppierungen (unter anderem Wirtschaftsverbände) gibt, die jetzt zustimmen, mehr Steuern zu bezahlen, obwohl sie sonst dagegen sind. Auf der anderen Seite lehnen viele sozial orientierte Kreise dieses Gesetz ab, obwohl sie normalerweise die hohen Einkommen / Gewinne stärker besteuern wollen.

5. Wir begrüßen die Bemühungen zur Schaffung einer angemesseneren Besteuerung, weil davon theoretisch alle profitieren und weil für Grossunternehmen mehr Klarheit entsteht. Uns scheint jedoch, dass die Abstimmungsvorlage dieses Ziel verfehlen wird.
6. Wir regen an, dass eine Harmonisierung auf Gesetzesebene verfolgt wird und dass dies über einen öffentlichen Prozess geschieht, so dass er für alle Interessierten klar durchschaubar wird.
7. Uns beschäftigen auch die korrumpierenden Versuche, über die Erzeugung von Angst (...wenn... dann...) die abstimmenden Menschen zu einer Zustimmung zu bewegen.
8. Wir wünschen uns eine gerechte Besteuerung, die sich aus dem Leistungsvermögen der Unternehmen ergibt und dem Allgemeinwohl zu Gute kommt.

2 – Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative)

Was die Vorlage will: Mit der Vorlage senkt die Schweiz schrittweise den Verbrauch von Erdöl und Erdgas. Ziel ist es, dass die Schweiz bis 2050 “klimaneutral” wird. Die Vorlage sieht Massnahmen vor, um den Energieverbrauch zu reduzieren. Wer seine bestehende Öl-, Gas- oder Elektroheizung durch eine effizientere ersetzt, wird finanziell entlastet / unterstützt. Zudem werden Unternehmen unterstützt, die in klimafreundliche Technologien investieren.

Das integrale Zukunftsbild: *In einer integralen Gesellschaft ist den Menschen das Wohlergehen ihres Heimatplaneten Erde von grundlegender Bedeutung. Die Beschaffung und Nutzung von Ressourcen erfolgen unter Berücksichtigung der Regenerationsfähigkeit und im Bewusstsein der Verbundenheit aller Lebewesen.*

Abstimmungsempfehlung: JA

Unsere Überlegungen dazu:

1. Die Ressourcen der Erde stehen uns allen zur Verfügung. Wir wünschen uns einen verantwortungsvollen Umgang damit.
2. Wir begrüßen einen Paradigmenwechsel von einseitig auf Materialismus und auf Wachstum ausgerichteten Prinzipien der Wirtschaft hin zu lebensdienlichen Lösungen für alle.
3. Wie nehmen wir unsere Verantwortung in dieser Welt wahr?
4. Technische Entwicklungen und gesetzliche Vorschriften können in einigen Fällen vorübergehend und vielleicht auch dauerhaft eine wichtige Rolle im gesamten Veränderungsprozess spielen. Sie tragen allerdings nicht direkt zur Korrektur der zugrunde liegenden Ursachen bei. Teilweise können sie wichtige Anstösse zu Verhaltensänderungen geben. Ein längerfristig gangbarer Weg kann aus der Sicht der IP nur zusammen mit einer neuen Kultur für ein selbst- und weltbewusstes Leben entstehen.
5. Wir sehen, dass bei der konkreten Umsetzung des Gesetzes noch viele Fragen offen sind. Wir vertrauen darauf, dass dank des klaren Ziels des Gesetzes und des Willens der Menschen, dieses auch zu erreichen, gemeinschaftlich nach den diversen Ursachen der Klimaerwärmung geforscht wird. So können geeignete Massnahmen zu deren Behebung oder zur Linderung der Folgen für Mensch und Mitwelt gefunden werden.

6. Wir stellen die Frage: In welchem Umfang tragen die bereits bekannten alternativen Energietechnologien dazu bei, Klima- und Energiefragen zu lösen? Wo braucht es noch Umdenken (z.B. individuelles Konsumverhalten), Annäherung an eine regenerative Lebensform, Ausrichtung auf ein Bewusstsein der Erde als ein lebendiger Organismus? Ermutigend sind zuversichtlich stimmende Experimentierfelder, wie sie in vielen Ländern Anklang finden (z.B. Pyrolyseverfahren, regenerative Landwirtschaft/Permakultur/ erfolgreicher Agroforst, zunehmende Selbstversorgung, Veränderung von Konsumverhalten, Photovoltaik usw.)
7. Für Irritation sorgt bei uns die wirtschaftliche Ausrichtung eines Gesetzes, dessen Hauptanliegen es sein will, die Schäden des Klimawandels zu verringern.

Das besondere Anliegen der IP:

- Wir wünschen uns, dass Menschen in Verantwortungspositionen wesentlich achtsamer mit ihren Beiträgen, Fakten und Meinungsbildungsprozessen umgehen.
- Der Klimawandel ist ein komplexes Gebilde. Die Faktoren sind mannigfaltig: sowohl der natürlichen Entwicklung der Erde zugrunde liegend als auch menschengemacht. Wir wünschen uns ein Bewusstsein, das statt der Reduktion auf einzelne Faktoren (wie CO₂) auch der Komplexität Rechnung trägt. In diesem Kontext ist dieser Gesetzesentwurf nur ein erster Ansatz.

3 – Änderung vom 16. Dezember 2022 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) (AS 2022 817)

Was die Vorlage will: Das Parlament hat die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen im Covid-19-Gesetz bis Mitte 2024 verlängert. Dieses Bundesgesetz enthält durchaus sinnvolle Regelungen. Gleichwohl ist gegen diese Verlängerung das Referendum zustande gekommen, einerseits aufgrund fraglicher Verfassungsmässigkeit und andererseits auch aufgrund von Regelungen, die sachlich umstritten sind. Die Einreichung von mehr als 50'000 gültigen Unterschriften führt dazu, dass über diese Verlängerung abgestimmt wird. Bei einem Ja in der Volksabstimmung bleibt die rechtliche Grundlage für entsprechende Massnahmen bis Mitte 2024 in Kraft. Wird die Verlängerung in der Abstimmung abgelehnt, treten entsprechende Bestimmungen Mitte Dezember 2023 ausser Kraft.

Mit den verlängerten Bestimmungen können unter anderem weiterhin Medikamente gegen schwere Covid-Erkrankungen importiert und verwendet werden, auch wenn sie in der Schweiz noch nicht zugelassen sind. Der Bund kann weiterhin Covid-Zertifikate ausstellen, insbesondere falls dies für Auslandsreisen wieder verlangt wäre. Der Bundesrat kann Arbeitgeber verpflichten, besonders gefährdete Personen zu schützen und beispielsweise von zu Hause aus arbeiten zu lassen. Bei allfälligen Grenzschiessungen muss der Bund dafür sorgen, dass Grenzgänger:innen weiterhin einreisen können. Die aktuell deaktivierte SwissCovid-App kann bei Bedarf reaktiviert werden.

Was die Referendums-Befürworter (Gegner der Vorlage) wollen:

Sie möchten zeitnah verhindern, dass mit den verlängerten Bestimmungen weiterhin Medikamente gegen schwere Covid-Erkrankungen importiert und verwendet werden können, wenn sie in der Schweiz noch nicht zugelassen sind. Sie wollen auch nicht, dass der

Bund weiterhin die Covid-Zertifikatspflicht anordnen kann. Insbesondere wollen sie auch so rasch als möglich erreichen, dass die Verfassungsmässigkeit der Gesetzgebung in diesem Bereich wiederhergestellt wird.

Das integrale Zukunftsbild:

Eine integrale Gesellschaft versteht Gesundheit ganzheitlich. Neben körperlichen und funktionalen Aspekten gehören auch emotionale, mentale und spirituelle Dimensionen dazu. Aus persönlicher und gesellschaftlicher innerer Führung resultieren lebensdienliche Entscheidungen zum Wohl von Mensch und Mitwelt. Diese bedürfen eines transparenten Informationsaustausches mit dem Anliegen einer gemeinwohlorientierten Vorgehensweise.

Abstimmungsempfehlung: NEIN

Überlegungen & Fragen dazu:

Bei dieser Abstimmung scheint uns ein Prozess von Reflexion, Verständigung und Versöhnung unterschiedlicher 'Lager' in unserer Gesellschaft wichtiger als das Ergebnis. Wir wagen Schritte hierzu:

1. Zu den Schwächen des Gesetzes aus integraler Sicht gehört, dass es einseitig auf pharmazeutische (Medikamente, Impfungen) und administrative (Zertifikate) Instrumente zur Bekämpfung eines etwaigen Wiederaufflackerens der COVID-Pandemie setzt. Der im Gesetz verfolgte Ansatz entspricht dem aktuell in Wirtschaft und Politik noch dominierenden technisch-rationalen Weltbild. Damit können akute, kurzfristig auftretende Probleme oft erstaunlich effektiv bekämpft werden. Dies reicht jedoch nicht aus, um die Ursachen von komplexen Krisen wie der Covid19-Pandemie systemisch, ganzheitlich und langfristig anzugehen. Es bekämpft bloss einzelne Symptome mit einem hohen Ressourceneinsatz und mit teils beträchtlichen, oft nicht einmal bemerkten Nebenwirkungen.
2. Für das Referendums-Komitee ist die Verlängerung von 6 Monaten nebensächlich. Es geht mit dieser Abstimmung um grundlegendere Bedenken zur Verfassungsmässigkeit, um Selbstbestimmung (z.B. beim Impfen), um das Nachdenken über Notverordnungen.
3. Für viele von uns überwiegen in der jetzigen Situation die Kollateralschäden der Massnahmen (Folgen der Stigmatisierung der älteren Menschen als Risikogruppe; Spaltung der Gesellschaft; Auswirkungen auf Gastro, Kunst&Kultur, Gesundheitsbranche, KMU's; Auswirkungen auf die Psyche der Menschen von 0 bis 20 Jahren usw.) Nur als allerletztes Mittel darf Zwang über Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden, wenn eine riesige Gefahr sich deutlich abzeichnet. Durch eine Verlängerung der Massnahmen würden die Möglichkeiten unnötig stark eingeschränkt, dass Einzelpersonen und die Gesellschaft gemeinsam Wege finden.
4. Anstatt viele Ressourcen in die Verlängerung der bestehenden Massnahmen um bloss 6 Monate zu investieren, wünschen wir uns, dass der Bund vielmehr seine Bemühungen auf eine umfassendere Gesundheitsvorsorge (Prävention) und Stärkung der ganzheitlichen Gesundheitskompetenz der Bevölkerung im Sinne des integralen Zukunftsbildes ausrichtet.
5. Die Prävention und Selbstermächtigung der Menschen, gut zu ihrer eigenen Gesundheit und derjenigen ihres Umfeldes zu schauen, kommt im Gesetz zu kurz. Die Stärkung des körpereigenen Schutzes und der Selbstheilungskräfte könnte viel deutlicher empfohlen und

gefördert werden. Der Mensch hat ein natürlich funktionierendes Immunsystem. Wie tragen wir diesem Geschenk Sorge durch unser Verhalten?

6. Im Grundsatz sollen Menschen selber entscheiden, ob und in welchem Umfang sie ein Contact-Tracing, eine Impfung oder eine andere Form der Gesundheitspflege beanspruchen wollen. Zur Bewältigung der Covid19-Pandemie braucht es eine Kombination von wissenschaftlichen Erkenntnissen, langfristiger Weisheit und praktischen Instrumenten zur Selbstermächtigung der Bevölkerung, zusätzlich zu medizinisch-pharmazeutischen (Medikamente/Impfung) und administrativ-technologischen Hilfsmitteln (App/Zertifikat).
7. Wir wertschätzen, dass Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen, schädliche Auswirkungen des Covid19-Virus von der Bevölkerung fernzuhalten. Wir wünschen uns aber einen ganzheitlicheren Ansatz, ohne Stigmatisierung von kritischen Stimmen in der Bevölkerung anstelle einer blossen Verlängerung der (unter starkem Zeitdruck) entstandenen bisherigen Massnahmen.
8. Viele der verlängerten Regelungen erübrigen sich, da die wesentlichen Vorkehrungen seit acht Jahren im Epidemiengesetz bereits festgeschrieben sind. Dieses Gesetz ist erneut in der Kritik und sollte überdacht werden. Dann wird sich zeigen, welche Änderungen und allenfalls Ergänzungen nötig sind.

Anliegen im Rahmen der aktuellen politisch-gesellschaftlichen Lage:

- Wie gelangen wir aus dem Modus der Rechtfertigung hin zum Gewährsein einer Essenz der Verbundenheit?
- Wie gehen wir mit Themen und Situationen um, die spaltend wirken?
- Wie verstehen und unterscheiden wir, aus welchen Quellen Meinungen und Aspekte hervorgehen?
- Wie lernen wir, Trennungs-/Spaltungstendenzen zu erahnen und aktiv zu deren Auflösung beizutragen?
- Wir haben unterschiedliche Perspektiven, die können ähnlich sein oder stark verschieden. Wie kann gleichzeitig die Verbundenheit mit allen Aspekten aufrechterhalten werden?
- Wer bin ich, beziehungsweise welches ist die eigene Perspektive?
- Sie ist entstanden im eigenen, begrenzten Bezugssystem, zu dem jeweils das Leben, die damit verbundenen Erfahrungen und somit die sich angeeigneten Haltungen geführt haben. Wie kann sich Mensch anmassen, Fakten zu besitzen, die zur Meinung führen, dass die 'Andern' falsch liegen oder sind?

Das besondere Anliegen der IP:

- Alle Menschen tragen die volle Verantwortung für ihre eigene Gesundheit. In welcher Art und Weise sie das tun, ist (in Anerkennung der Mündigkeit aller) jedem einzelnen Menschen überlassen.
- Selbstverständlich ist auch jeder Mensch verantwortlich für sein Verhalten gegenüber anderen, insbesondere schwächeren, gesundheitlich exponierten Mitmenschen. Dies kann über offene, evidenzbasierte Bildung, Beratung und Begleitung unterstützt werden.
- Wir wünschen uns eine ganzheitliche Betrachtung einer Gesundheitskrise und ihrer Ursachen. Isolation, Stress, Leistungsdruck, Umweltzerstörung sind nur wenige der

weiteren Faktoren, welche die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen können. Diese werden bei der aktuellen “Pandemiebewältigung” weitgehend ausgeklammert.

Erklärung zum Vorgehen und zum Ziel des Politischen Kommentars

Der politische Kommentar der IP Schweiz ist das Ergebnis eines [Prozesses](#), mit dessen Hilfe integrale Positionen zu eidgenössischen Abstimmungsvorlagen gefunden werden. Dabei wird ermittelt, ob eine Vorlage einen Schritt in die Richtung einer Vision einer integralen Gesellschaft bedeutet, das heisst, einen Beitrag zur Transformation der Gesellschaft leistet, oder ob das Anliegen nur eine sich im Kreis drehende Variante des Bestehenden ist. Die Vorlagen werden vom Politischen Ausschuss der IP Schweiz beurteilt.

Das Ergebnis dieses Ermitteln entspringt einer Momentaufnahme und findet Ausdruck in einer integralen Abstimmungsempfehlung mit konkreten Begründungen. **Das Ziel des Kommentars** ist es, die Leserinnen und Leser zu animieren, mit ähnlichen, visionsorientierten Überlegungen zu ihrem je eigenen Ergebnis zu kommen. Das Ziel einer integralen Position ist es nicht, Recht zu haben, sondern die Menschen zu mehr Bewusstheit zu führen.

Die Verantwortlichen für diese Ausgabe sind: [Pierrot Hans](#), [Barbara Picard](#), [Pascal Furrer](#), [Remy Holenstein](#), [Kathrin Schelker](#), [Tizian Frey](#)